

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrist: Tagesblatt Rieser,
Grenzstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1300
Groschloffe Rieser Nr. 52.

Nr. 130.

Mittwoch, 7. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Beizergeld. Einzelnummer 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 4.50 Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachwehlungs- und Vermittlungsgebühren 1 Mark. Feste Tarife, Bemittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Schlägige Unterhaltungsbeilagen „Festlicher an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Unterstützungsgesuche für Jugendpflege betr.

Die Ministerien des Kultus und öffentlichen Unterrichts und des Innern haben für die Einreichung von Gesuchen um Unterstützung aus den in Kap. 101 Zif. 3 des Staatshaushalts für die Jugendpflege eingestellten Mitteln bestimmt, daß die Gesuche der Bezirks- oder Ortsausschüsse für Jugendpflege und der keinem Landesverbande angeschlossenen Vereine bei dem unterzeichneten Bezirks-Schulamt einzureichen sind.

In den Gesuchen sind Vordrucke zu verwenden, die von der Buchhandlung C. Heinrich in Dresden-N., Kleine Meißnerstraße 4, bezogen werden können. Diese Gesuche sind bis spätestens

den 15. Juni 1922

beim Bezirks-Schulamt einzureichen. Später eingehende Gesuche und solche ohne Benutzung des Vordruckes werden verordnungsmäßig ohne weiteres zurückgewiesen werden.

Großenhain, am 30. Mai 1922. 848 B.

Das Bezirks-Schulamt.

Die bei dem Wirtschaftsbefehlshaber Ehregott Bielia in Gröba ausgebrochene Maul- und Klauenseuche ist erloschen.

Deriliches und Sächsisches.

Rieser, den 7. Juni 1922.

Die Landeshauptversammlung „Gabelberger“ findet nach folgender Festordnung statt: Sonnabend, den 10. Juni: 11 1/2 Uhr vorm. Sitzung des Gesamtvorstandes im „Sächsischen Hof“. Von 12 Uhr ab Empfang der Gäste am Bahnhof. Ausgabe der Festkarten usw. und Abgabe der Vollmachten im „Sächsischen Hof“. 3 Uhr nachm. Sitzung der Vorstandsmitglieder der sächsischen Bauverbände im „Sächsischen Hof“. 4 1/2 Uhr nachm. Sitzung des Rollmowenverbandes im „Sächsischen Hof“. 6 Uhr abends Vertreterversammlung des Landesverbandes im Hotel Höpfer. Sonntag, den 11. Juni: Morgens 7 Uhr Morgenkonzert im Stadtpark, bei schlechtem Wetter im Saale der Iberterrasse. Morgens 8 Uhr Sonderkürchen. Morgens 9 Uhr Wettstreit: 120/140 und 140/160 Silben in der Forderungsschule, 160/180 bis 220/240 Silben in der Oberrealschule. Das Schön- und Wichtigste schreiben findet in denselben Räumen wie das Schön- und Wichtigste schreiben statt. Mittags 12 Uhr Hauptversammlung im Hotel Höpfer. Den Festvortrag hält Herr Studentrat Heins über: „Von der Kunst bis zum Auralchriftselben“. Nachm. 1/2 Uhr gemeinschaftliches Mittagsmahl im Hotel Höpfer. Darauf Rundgang durch die Stadt. Nachmittags 5 Uhr Konzert und Ball im Hotel Höpfer. Montag, den 12. Juni: früh 7.15 Uhr Dampferfahrt nach Reichen. Es haben sich bereits mehrere Hundert auswärtige Teilnehmer angemeldet.

Der neue Schützenkönig. Bei dem gestern abgehaltenen Königsschießen der diesigen Schützengesellschaft errang sich Herr Kaufmann Hermann Grubbe die Würde des Schützenkönigs. Die Herren Hotelbesitzer Wiltz, Franke, Baumhuldenbesitzer Paul Wintert, Konditoreibesitzer Franz Boll, Delikatessenhändler Waul Schwanitz, Jng. Albert Basse, Bäckermeister Wollast und Dentist Ernst Nischke bilden sein Ministerium. Der Einzug des neuen Schützenkönigs erfolgt heute abend 9 Uhr vom Schützenplatz aus. Der Zug wird seinen Weg durch folgende Straßen nehmen: Schützenstraße, Koppitzer Straße, Felgenhauerstraße, Altmarkt, Großenhainer Straße, Albertplatz, Hauptstraße, Wettinerstraße, Kaiser-Wilhelmplatz, Albrechtstraße, Wisnarschstraße, Schloßstraße, Goethestraße, Waulfger Straße, Wettiner Hof, wo abgetreten wird.

Reichsorganisation der Kriegsbeschädigten. Zurzeit sind im Deutschen Reich die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen in etwa 30 einzelnen größeren und kleineren Verbänden organisiert. Diese Herrschaften, die durch parteipolitische Machenschaften verstärkt wird, hat bisher eine wirksame Interessensvertretung der Kriegsopfer unmöglich gemacht. Es sind jetzt Verhandlungen im Gange, eine parteipolitisch neutrale, einheitliche Reichsorganisation zu schaffen, die alle Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen umfassen wird. Die Gründungstagung wird am 1. und 2. Juli d. J. in Leipzig abgehalten.

Zwangsumquartierung unzulässig. Das Wohnungsamt der Stadt Reichen hatte vom Landeswohnungsamt das Recht zur sogenannten Zwangsumquartierung kinderloser Ehepaare und alleinstehender Personen, die im Reiche großer Wohnungen sind, in kleinere Wohnungen zu verlegen. Daraufhin hat das Landeswohnungsamt wissen lassen, daß die Zwangsumquartierung nach geltendem Rechte nicht zulässig ist. Auch das Reichsarbeitsministerium hat sich auf frühere Anfragen von anderen Städten auf denselben Standpunkt gestellt und erklärt, daß auch die Wohnungsmangelgesetzgebung hierzu keine Möglichkeit bietet und daß es sich zu dieser weitgehenden Maßnahme nicht verstehen kann. Es wird aber angenommen, daß die Erhöhung der Mieten infolge des Reichsmietengesetzes und der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens die Inhaber übermäßig großer Wohnungen bald zum Wohnungswechsel mit kleineren Wohnungen bereitwillig machen wird.

Dresden. Das Presseamt des Polizeipräsidenten teilt mit: Durch die weitgehenden Bekanntmachungen der Landes kriminalpolizei ist es gelungen, den Mörder der verstorbenen Knecht in Köpchenroda bereits am 3. Juni in Schwering bei Mannhagen festzunehmen. Er ist geständig. Er wird sobald als möglich nach Dresden gebracht werden.

Wasser. Starke Wassermangel macht sich seit einigen Wochen in Ostfriesland bemerkbar. In den Städten Waagen, Vöben und Wilschwerda haben die Stadtverwaltungen zu strengsten Einschränkungen im Verbrauch von Leitungswasser auffordern müssen. Geradezu beorgnisserregend tritt der Wassermangel in Waagen auf. Einzelne Stadtteile haben zeitweise an manchen Tagen überhaupt kein Wasser, namentlich in den oberen Stockwerken der Häuser, was in den Hausbältern, Wasserlosetts usw. zu großen Unbehagen führt.

Birna. Der Bismarckverkehr nach der Sächsischen Schweiz war ein äußerst starker. Die Eisenbahnzüge waren schon am Sonnabend sehr voll und auch an den Festtagen selbst war das Mittortkommen nicht immer so leicht. Die Dampfschiffe waren gleichfalls überfüllt. Selbst der am 1. Feiertag frühzeitig einziehende, den halben Vormittag anhaltende Regen vermochte die Ausflügler nicht von ihren Touren zurückzuhalten.

Bendischardsdorf. Ein äußerst verwegener Autotourist kam am Freitag in zeitiger Morgenstunde zur Ausführung. Vier noch unbekannt Männer hatten in einem Lokal in Bismarck gezecht und sich von dort aus am Donnerstag abend nach der Talperre Wälder fahren lassen. Gegen 2 Uhr morgens wurde die Nachfahrt nach Dresden angetreten. Als das Auto die Bendischardsdorfer Gegend passierte, ließen die Räuber unter dem Vorwand halten, einer der Insassen habe den Hut verloren. Diese Gelegenheit wurde dann benutzt, den Wagenführer zu überumpeln und auch noch Waffen zu durchsuchen. Eine solche hatte er nicht im Besitz. Das Geld wurde ihm abgenommen und ihm überdies noch 100 Mark ausgedrückt. Mit vorgehaltener Schusswaffe wurde der Kraftwagenführer verwarnt, daß er ja nichts unternehmen dürfe, dann rufen die Autoräuber mit dem Wagen davon. Bei Überdorf erlitten sie Motordefekt, ließen den Wagen an der Landstraße stehen und verhielten sich in der Richtung nach Rippdorf zu. Am Freitag wurde der beschädigte Kraftwagen nach Dresden zurückgebracht. Landes kriminalpolizei und Landgendarmerie haben zwecks Ermittlung der Autoräuber umfangreiche Nachforschungen angestellt.

Chebnitz. Als an der Ecke der Königstraße und des Johannisparkes ein 57 Jahre alter Böhmer mit einem bei ihm wohnhaften Sohne die Straße überschreiten wollte, wurden sie von einem Personenträger erfasst und überfallen. Während der Sohn, ein 30 Jahre alter Gendebreier, unter dem Wagen hervorgezogen werden konnte, mußte bei der Vergewaltigung seines Vaters der Wagen erst mit einer Winde hochgehoben werden. Im Krankenhause wurden bei dem Vater mehrere Rippenbrüche und eine Gehirnerkütterung und bei dem Sohn ein Bruch des rechten Oberarmes und Schulterbruch festgestellt.

Chebnitz. Im Anschluß an den Einspruch des Hauptauschusses Chemnitzer Arbeitgeberverbände hat der Herr Reichsminister der Finanzen in dieser Angelegenheit angeordnet, den vom Landesfinanzamt Leipzig bereits vorgelegt erhobenen Einspruch gegen die von der Stadt Chemnitz geplante „Soziale Abgabe“ aufrecht zu erhalten, weil die Abgabe im Widerspruch zu den §§ 2 und 3 des Landessteuergesetzes vom 30. März 1920 steht.

Aue i. G. Die Stadtverordneten beschlossen die Einführung einer sozialen Abgabe. Die „Ebersdorfer Zeitung“ teilt ihren Lesern mit, daß sie infolge der drückenden Steuerungsverhältnisse gezwungen ist, ihr tägliches Erscheinen einzustellen und in Zukunft nur noch dreimal in der Woche zu erscheinen.

Limbach. Festgenommen wurden der auf dem hiesigen Güterboden beschäftigte Angehörige Ulrich und bei einem hiesigen Expedienten beschäftigte Geschirrlührer Hammer. Beide haben seit längerer Zeit auf dem hiesigen Güterboden befindliche Güter gewaltsam entbrochen und betäubt. Weitere Personen kommen als Helfer in Frage.

Oelsnit. Die Wassermangel macht sich immer mehr fühlbar. Verschiedene Häuser von Untermarkgrün und andere hochgelegene Gebäude waren schon einige Tage ohne Leitungswasser. Die Bohrungen in der Gistera nehmen ihren Fortgang. Es ist bereits das 13. Bohrloch getrieben. Ein ungewöhnlicher Fund wurde hier unter einer nahe gelegenen Feldscheune gemacht. Dort fanden sich, in Säcken verpackt, viele Gewehre vor. Der Fund wurde an zuständigen Stelle gemeldet.

Oelsnit. Mit Rücksicht auf die zurzeit herrschende Kartoffelnog wird im hiesigen Bezirke auf die Dauer von drei Wochen — 11. Juni bis 1. Juli — die wöchentliche Brotration etwas erhöht.

Leipzig. Am zweiten Pfingstfeiertag nachmittags ist ein in einem hiesigen Lokal beschäftigter 16 jähriger Kochlehrling aus Uebermut aus dem Fenster seiner Kammer auf ein Glasdach gestürzt und durch dieses in einen darunter befindlichen Saal gestürzt. Er erlitt einen Schädelbruch und andere schwere Verletzungen, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatten.

Mägenberg. Einen gewiß sehr seltenen, aber doch bedeutsamen Vorgang konnten vor einigen Tagen mehrere in der Nähe der Elbe auf dem Felde arbeitende Personen beobachten. Ein Storch hatte den Drabt der Startrampe als Nistplatz erwählt. Beim Anfliegen war derselbe mit seinen großen Flügeln mit den anderen Drabten in Berührung gekommen. Damit war die Ver-

Familien-Freibad.

Dieses ist nach Fertigstellung der vorerwähnten Vorbereitungen zur Benutzung hiermit freigegeben. Es liegt oberhalb des Stadtparcs und ist nur zugänglich von dem mit Linden besetzten Fußwege aus. Die Grenzen sind bezeichnet durch Drahtzaun und schwimmende Böder.

Nur innerhalb dieser Grenzen ist die Benutzung gestattet. Mit Eintritt der Dunkelheit, spätestens 9 Uhr abends, ist der Badeplatz zu verlassen. Den Besuchen der Aufsicht ist unbedingt Folge zu leisten. Zumberechnungen werden auf Grund von § 386 Riffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 600 Mark evtl. mit Haft bis zu 2 Wochen bestraft, sofern nicht auf Grund anderweiter Gesetzesbestimmungen eine noch härtere Strafe vermerkt ist. Trotz der Aufsicht bleiben die Anwesenden für die Sicherheit der Kinder in jedem Falle selbst verantwortlich. Für Abhandeln von Sachen wird keinerlei Haftung seitens der Stadtverwaltung übernommen.

Der Rat der Stadt Rieser, am 7. Juni 1922.

G.

bindung der entgegengesetzten Elektrizitäten hergestellt, und das städtische Tier ging in Flammen auf.

Stapellauf des Dampfers „Sachsen“.

Ueber den am 3. Juni in Begeleit vollzogenen Stapellauf des Dampfers „Sachsen“ berichtet die „Sächs. Zeitung“ u. a.:

Die Werk des Bremer Vulkan trug heute wieder feierlichen Flammenschmauch, für den Kurzbogen ein Zeichen, daß abermals der Stapellauf eines Zuwachses unterer in neuem Ausblühen begriffenen deutschen Handelsflotte bevorsteht. Die Gäste, die als Repräsentanten des Taufpaten dieses jüngsten Sprößlings der Hamburg-Amerika-Linie erschienen, kamen diesmal weit aus dem Binnenlande, dem gewerbetreibenden Sachsen, dessen Wirtschaftsleben seit langen Jahren bereits gar vielfältig mit der deutschen Seefahrt verknüpft ist, und das deshalb an dem Neuerleben einer leistungsfähigen deutschen Handelsmarine ein ganz besonders lebhaftes Interesse hat und dies auch kräftig bekräftigt.

Ministerpräsident Bueck, der mit dem Vorstände der sächsischen Staatskanzlei Ministerialdirektor Dr. Schulze und dem sächsischen Gesandten in Berlin Dr. Gradnauer erschienen war, wurde von Mitgliedern der Direktion der Hamburg-Amerika-Linie und der Leitung des Bremer Vulkan empfangen und nach dem Helgen 4 geleitet, wo der Taufling klar zum Ablauf lag.

Ministerpräsident Bueck

betrat nun die Taufkanzel und führte aus, daß heute zum dritten Male ein Dampfer mit dem Namen Sachsen seinem Clement übergeben werden solle. Möge das weiß-grüne Band auch weit von der See im Innern Deutschlands liegen, so sei darum sein Interesse an einer blühenden deutschen Schifffahrt keineswegs gering, sondern im Gegenteil außerordentlich groß. Unter anderem sei die ausgedehnte sächsische Textilindustrie auf die deutsche Schifffahrt in doppelter Hinsicht angewiesen: sie solle ihr Baumwolle und Wolle als die wichtigsten Rohstoffe zubringen und solle ihr helfen, das fertige Fabrikat außerhalb Deutschlands abzusetzen. Der intelligenten Bevölkerung Sachsens aber biete die mehr und mehr sich entwickelnde Maschinenfabrikation ein immer weiteres Feld der Betätigung, wie der hohe Prozentsatz der Sachsen im technischen Personal unserer Seeschiffe beweise. Darum verfolge die sächsische Regierung auch mit besonderem Interesse die neubeginnende Entwicklung unserer deutschen Handelsflotte, die sich unter dem Einflusse des alten hanseatischen Tatendranges als ein kraftvoller Pionier für das deutsche Wirtschaftsleben erweisen werde. Man habe Deutschland die große Verheißung der Welt genannt, Sachsen aber liege im Herzen Deutschlands und sei darum auch das Herz dieser Verheißung. Möge auch dieser jüngste Neubau der deutschen Handelsflotte den Ruhm deutschen Fleißes, deutscher Ausdauer und unauslöschlicher deutscher Tapferkeit hinaustragen über alle Meere, seinen Reibern, wie auch allen, die an dem stolzen Bau mitgeschaffen haben, aber auch seinem Taufpatenlande alle Zeit Ehre machen und zu seinem Teile beitragen zum Wiederaufbau des wirtschaftlichen Lebens diesseits und jenseits der Meere! So wünsche er der Sachsen allezeit glückliche Fahrt!

Alsdann vollzog Ministerpräsident Bueck die Taufe. Während derselben die mit einem Blumenkranz und Bändern in den Farben Sachsens geschmückte Klause am Steven, verlebend ravnichte der Taufwein hernieder.

„Stopper los“ hallt das Kommando nach oben. Ein Druck auf einen Hebel, und mit lautem „Klapp“ durchschneiden die Fallwerke die letzten Kalttaue. Gleichzeitig bricht ein ohrenbetäubendes Sämmern los. Die aus der Erde gestampft ist eine Schaar mit laugstieligen Sämmern bewehrter Arbeiter erschienen und treibt nun mit tüchtiger Hand in emsigen Schlägen die Keile aus dem sogenannten „Schlitten“, auf dem der hochaufragende Schiffsrumf ruht. Ein schriller Pfiff. Das Geräusch der Sämmern verstummt. Es folgen einige Minuten gepanunter Erwartung. Noch steht der gewaltige Schiffskörper unbeweglich. Mächtige hydraulische Pressen treten in Tätigkeit. Da plötzlich geht ein leises Ritzern durch seinen Bau, er ruckt an, erst langsam, Zentimeter für Zentimeter, dann schneller und immer schneller werdend eilt er den Fluten zu. Wohl ist die Ablaufbahn mit Schmiermitteln geglättet, aber gleichwohl läßt die starke Reibung des schweren Gewichtes Rauch und knisternde Flammen aus dem Holz des Schlittens aufsteigen. Jetzt berührt das Deck das Wasser, mächtige Wellen vor sich her treibend taucht das Schiff in die Flut; unter den Lurrs der Menge reißen die Wasserschiffen an Bord die bisher nur in Schau geschienen Flaggen aus, die sich kräftig im Winde blähen: die Sachsen ist flott. „Fallen Anker!“ Rasend laufen die mächtigen Ketten aus den Klauen. Die Arbeiter treten in den Grund

Frankreich und die Anleihepolitik.

Es wird immer deutlicher, daß Frankreich alles daran setzt, die Anleiheverhandlungen auf ein totes Weisse zu führen. Kann es nicht bei der Anleihe selbst ein gutes Geschäft machen, d. h. seine eigenen Ansprüche befriedigt erhalten, ohne die große Doppelrolle auf Deutschlands Weisse aus der Hand zu geben, so will es nach Möglichkeit die Anleihe überhaupt vereiteln, um den militärischen Druck der Sanktionen weiter ausüben zu können und seine Machtpolitik durch Deutschlands Schwierigkeiten zu härten. Die Anleihekonferenz hatte sich mit bestimmten Fragen an die Reparationskommission gewandt, sie wollte einfach wissen, ob Deutschland zur Einhaltung des Londoner Zahlungsplans geneigt war, und wenn nicht, in wieweit es, in irgendeiner Weise die Deckung der deutschen Verpflichtungen zu verweigern. Nur darüber müssen die Geldgeber selbstverständlich Aufklärung haben, ob der Schuldner, der das Geld erhalten soll, demnach in den Schuldzinsen gesteckt werden würde oder frei arbeiten darf.

Die Reparationskommission hat sich vertan, ohne eine Antwort gegeben zu haben. Die Anleihekonferenz wird deshalb auf demselben toten Punkt anfangen müssen, wo sie ihre Beratungen unterbrochen hat, was bedeutet, daß sie der Frage ziemlich rasch gegenübersehen wird und eine Anleihe auch selbst im beschriebenen Umfang nicht recht wird empfohlen können. Das als Anleihebetrag letzten Endes übrig bleiben wird, hat für Frankreich wenig Bedeutung. Indessen ist ihnen die Gelegenheit günstig, auf Auslieferung einen Druck auszuüben. Die Verteilung der Wirtschaft mit der Politik ist aber nicht nur hinsichtlich Deutschlands für die französische Politik bestimmend, sondern auch für das Verhältnis der ausländischen Gläubiger zu Frankreich. Die französischen Klagen hindern jede vernünftige Wirtschaftsentwicklung, da sie den Grund darstellen dafür, daß Frankreich gegenwärtig keine Aussicht auf Schuldenerlass hat.

Morgan, der gegenwärtig in London weilt, hat unter diesen Umständen keine große Neigung, zu den Anleiheverhandlungen nach Paris zurückzukehren. Es ist durchaus möglich, ja wahrscheinlich, daß die ganze Anleihefrage nochmals vertagt wird und das würde eine weitere schwere Zerrüttung der Weltwirtschaft mit sich bringen. Um die Sachlage aber dem französischen Publikum zu verdeutlichen, wird Deutschland beschuldigt, daß es seinerseits die Anleihe erschweren müsse und kein Interesse an einer Steigerung des Markturns habe. Deutschland wolle nur, daß die Anleihekommission die Reparationssumme als zu hoch verurteilen solle. Allerdings hat Deutschland das Interesse der Herabsetzung seiner Schuld, aber zu dem Zwecke der eigenen Sanierung und des Wiederaufbaus der Weltwirtschaft gerade über eine gewisse Stabilisierung seiner Währung durch eine Anleihe. Daß die Reparationskommission selbst in der Frage der Sanktionen ausweichen will, wie niemand bestreiten kann, einig wegen des französischen Widerstandes, das beweist zur Genüge, daß die Anleiheverhandlungen durch Frankreich zum Scheitern gebracht werden.

Die große Anleihe, die die Reparationskommission kompromittieren soll, liegt natürlich nach wie vor im Interesse Frankreichs, denn auf anderem Wege ist das Geld nicht zu beschaffen, das Frankreich braucht und es ist sehr zweifelhaft, ob ihm selbst diese Einnahme gestatten wird, seine Wirtschaft entsprechend seinem Ehrgeiz auf der beabsichtigten Höhe zu halten. Frankreich wünscht aber, dabei alle seine Verpflichtungen gegenüber seinen Verbündeten los zu sein, die dazu für sich selbst auch auf jeden Anteil an der deutschen Reparation verzichten sollten, so daß die ganze Kriegsschuld allein Frankreich zugute kommt.

Eine Sitzung der Reparationskommission.

Wie der „Temps“ mitteilt, hat die Reparationskommission gestern vormittag eine offizielle Sitzung abgehalten, in der die verschiedenen Ansichten der Delegierten zum Ausdruck gekommen sind. In der heute stattfindenden offiziellen Sitzung wird jeder Delegierter seine Lösungsvorschläge und seine Einwände auszusprechen. Der internationale Anleiheauschuss wird also, wenn er am heutigen Mittwoch nachmittag zusammentritt, die Antwort der Kommission und die Ansichten der einzelnen Delegierten zur Kenntnis nehmen. Der französische Delegierte Leon Dubois hat gestern vormittag vor der offiziellen Sitzung eine „...“ mit Voltaire gehabt.

Der „Temps“ über die Zuständigkeit des Anleiheauschusses.

„Temps“ spricht in seinem Leitartikel dem internationalen Anleiheauschuss sowohl die Mittel als auch die erforderliche Zeit ab, um die komplizierte Frage zu beantworten: auf welche Gründe ist es zurückzuführen, daß Deutschland heute keinen Kredit findet? Dementsprechend geht es nach dem halbamtlichen Blatt über die Zuständigkeit des Ausschusses hinaus, die deutsche Reparationsanleihe von einer Herabsetzung der deutschen Reparationssumme abhängig zu machen. In Wirklichkeit, laut „Temps“, ist die Anleihefrage keine rein finanzielle. Es besteht ein Konflikt zwischen zwei Arten von Politik, der Politik des Gegebenen und der Politik des zurückgenommene Wortes. Die erstere erfordert den Willen, seine Verpflichtungen zu halten und denselben Willen von anderen zu verlangen. Frankreich will bezahlen, was es schuldig ist, und es verlangt, daß auch seine eigenen Schuldner zahlungswillig sind. Es läßt nicht zu, daß man Deutschland, um es der notwendigen Leistung zu überheben, aus lauter Wohlwollen seine Zahlungsfähigkeit patentiert. Die Politik des zurückgenommene Wortes dagegen besteht darin, daß man alle Verpflichtungen wieder in Frage stellt, anstatt von Deutschland Zahlungswilligen zu verlangen. Würde man bei dieser Politik dulden, daß Frankreich Widerstand leistet und daß es diesen Widerstand zum Anlaß nehme zu erklären: da Deutschland uns nicht bezahlen will, haben wir auch nicht die Absicht zu zahlen, was wir den Vereinigten Staaten schuldig sind? Kurz und gut, es handelt sich hier um die Politik des Fahrens auf dem Wasser und eines Bankrotts auf der ganzen Linie. Auf dieser Grundlage wird man Europa nicht wieder aufbauen.

Gewerkschaftliche Schritte zur Disziplinarfrage.

Ein Berliner Korrespondenzbüro verbreitet die Nachricht über einen angeblichen Schritt der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zur Disziplinarfrage. Danach hat sich eine Kommission, bestehend aus Vorstandsmitgliedern des deutschen Beamtenbundes, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Reichsgewerkschaft, um Reichsfiskus begeben, um ihn zu bitten, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß weitere Disziplinarverfahren nicht mehr durchgeführt werden. Der Reichsfiskus habe jedoch den Empfang der Kommission abgelehnt. Weiter wird behauptet, der Deutsche Beamtenbund und der A. D. G. wollten ohne die Reichsgewerkschaft verfahren, für die bereits gemahregelten oder die noch unter Anklage stehenden Beamten einzutreten. An diesen Mitteilungen ist, wie die L. U. hört, kein wahres Wort. Der erwähnten öffentlichen Tendenzmeldung gegenüber kann aber festgestellt werden, daß in den nächsten Tagen eine Aussprache zwischen dem Reichsfiskus und den Vertretern der Spitzenorganisationen in der Frage der Disziplinarregelung stattfinden wird.

Gegen die Sonderbestrebungen im Rheinland.

Eine Rede des preussischen Ministerpräsidenten im Rheinland.

Aus Bonn wird gemeldet: In einer Versammlung des Ministerpräsidenten Braun, ausgehend von der durch den Friedensvertrag bedingten allgemeinen Not, auf die besondere Bedrückung hin, unter der das Rheinland und seine Bewohner leiden. Was Kononen und Senegalener nicht vermocht haben, das soll die französische sogenannte „Kulturpropaganda“ erreichen. Dabei wird gekümmertlich verschwiegen, daß das Rheinland als größte und wertvollste Provinz im preussischen Staatsgefüge auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiete einen gewaltigen Aufschwung zu verzeichnen hatte. Die Rheinlande aus dem preussischen Staate herauszureißen, heißt, sie auch vom Reich trennen und sie zum Spielball französischer Interessen- und Machtpolitik machen. Die Rheinlande und die Rheinländer haben stets deutsch gefühlt und gedacht und werden daher wie früher in guten Tagen so auch jetzt in schlimmen Zeiten in aller deutscher Treue zu Preußen und zum Reich stehen.

Die Ausführungen des Ministerpräsidenten wurden mit einstimmigem Beifall aufgenommen. Gegen zwei Stimmen wurde eine Resolution angenommen, die sich gegen alle Bestrebungen ausspricht, die darauf hinstreben, die Rheinlande vom Reich oder von Preußen zu trennen, mit denen die Rheinlande politisch und wirtschaftlich auf Gedeih und Verderb verbunden seien. Eine rheinische Republik würde, wie das Beispiel des Saargebietes lehrt, zu politischer Unfreiheit und zum wirtschaftlichen Niedergange führen.

Die geforderte Zerstörung von Eisenbahnanlagen im besetzten Gebiete.

Die mehrere Berliner Blätter hören, wird die deutsche Regierung auf die Entente über die Zerstörung und Verrückung von Eisenbahnanlagen im besetzten Gebiet eine Mitteilung an die Völkervereinigung richten, in der sie voranschlägt den Standpunkt vertreten wird, daß ihrer Auffassung nach die Alliierten in ihrer Note die seit Kriegsende veränderten Grenz- und Wirtschaftsverhältnisse Deutschlands und des besetzten Gebietes nicht berücksichtigt hätten. Die deutsche Regierung wird weiter den Nachweis führen, daß die beantragten Eisenbahnanlagen fast ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken dienen und auf die Millardenteile hinwirken, die eine Zerstörung von Eisenbahnanlagen in dem verlangten Umfange erfordern würde.

Hugo Stinnes hält die weitere Besetzung deutschen Landes für die kleinere Gefahr.

Auf einer stark besuchten Versammlung von Wirtschaftsführern in Essen, welche der Inververband nordwestdeutscher Wirtschaftsvertrager und die Vereinigung der Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks einberufen hatte, erklärte laut einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ am Schluß seiner Rede Hugo Stinnes, in der er die Frage einer internationalen Anleihe an Deutschland eingehend behandelt hatte: Wir könnten aus

Kongress der Völkervereinigung.

Aus Prag wird gemeldet: In der gestrigen Vollversammlung des Kongresses der Völkervereinigung wurde zunächst die Aufnahme neuer Gesellschaften beraten und die armenische, estländische und dänische sowie die ukrainische Gesellschaft ohne Debatte aufgenommen. Eine Anfrage des französischen Delegierten Henneff, ob die östliche oder westliche ukrainische Gesellschaft aufgenommen sei, rief eine erregte Debatte hervor. Die Frage wurde dahin beantwortet, daß die Gesellschaft der östlichen Ukraine aufgenommen sei; die Frage der westlichen Ukraine bleibe einzuwickeln offen. Gegen die Aufnahme der ottomanischen Gesellschaft sprach der Referent der Griechen, Serferades. Sein ablehnender Antrag wurde aber mit 54 gegen 32 Stimmen verworfen. Nachdem der Referent mitgeteilt hatte, daß die Kommission die Aufnahme der bulgarischen Gesellschaft empfehle, erklärte der jugoslawische Delegierte Wognowitz, er sehe sich veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß Bulgarien die im Sinne des Friedensvertrages erlebte macedonische Frage durch seine Wankelmütigkeit wieder aufrollen; er hoffe, daß Bulgarien sich einer friedlichen und gerechten Einigung befähigen werde. Die Versammlung stimmte sodann dem Kommissionsvorschlag zu. Die Frage der Aufnahme der deutschen bzw. ungarischen Gesellschaft in der Tschechoslowakei wurde dadurch geregelt, daß die tschechoslowakische Gesellschaft ihren deutschen bzw. ungarischen Mitgliedern eine Anzahl von Stimmen überwie. Sodann eröffnete Präsident Ruffini die Behandlung der Widerheitenfrage und betonte ihre besondere Bedeutung. Diese Frage werde hier nicht in ihrer Beziehung zur Tschechoslowakei, sondern zur ganzen Welt behandelt werden. Sodann führte der Präsident des Widerheitenausschusses, Didenon, aus, über sei eine Anzahl der Beschwerden der Widerheiten gegenseitig, nichtsdestoweniger erachte die Kommission es für ihre Pflicht, sie der Versammlung vorzulegen, umso mehr, als die Kommission feststellen möchte, daß in allen in Betracht kommenden Ländern, die Widerheiten in einem Zustande äußerster Unzufriedenheit leben und da diese Unzufriedenheit für die Staaten selbst und den europäischen Frieden eine schwere Gefahr bilde. Umso wichtiger sei auch die gesamte Widerheitenfrage, als die hier in Betracht kommenden Unzufriedenen die Zahl von 25 Millionen erreicht hätten. Daß diese Frage auf dem Boden der Tschechoslowakei zur Sprache kommt, sei natürlich nur ein Zufall. Die Tschechen und die Slowaken hätten seit Eröffnung der Freiheit ihren Staat auf der Grundlage einer überaus liberalen und demokratischen Verfassung aufgebaut. Ihre Staatsmänner hätten im europäischen Völkerkongress einen großen Einfluß. Man könne ihnen daher volles Vertrauen entgegenbringen und ihnen zutrauen, daß sie diese schwere Frage in demselben Sinne und demselben Geiste internationaler Gerechtigkeit zu lösen bereit und imstande seien, wie so viele andere.

In der gestrigen Vollversammlung des Kongresses der Völkervereinigung sagte der Delegierte Wiedinger (deutsche Liga für die Slowakei) zu dem über die Minoritätenfrage vorliegenden Bericht Didenons, daß er wohl nicht alle Wünsche erfüllt, die die Deutschen in dieser Sache hätten, daß aber seine Annahme einen Fortschritt bedeuten würde. Die Deutschen in der Tschechoslowakei wollten für die Erzielung eines dauerhaften Friedens in Europa tatkräftig mitarbeiten. Sie wollten besonders hilfreich helfen, aus seinem traurigen Schicksal herauszukommen. Der deutsche Delegierte Graf Bernsdorff erklärte unter großem Beifall, solange man die Regierung verteidige, gebe es kein Recht der Widerheiten. Man müsse vielmehr den Regierung gegenüber, wie sie es besser machen könnten. Gegenüber den tschechischen und polnischen Delegierten erklärte Bernsdorff, daß sie sich nicht ganz loyal gegenüber der Widerheitenkommission, die den

den Anleiheverhandlungen unendlich viel Gutes bekommen, wenn die Geldgeber dafür sorgen, daß die Dinge in Europa so gehalten würden, daß wirklich ante Unterliegen durch eine Anleihe für die europäische Wirtschaft geschaffen werden. Ich muß betonen, daß ich die Gefahr, daß noch mehr deutsches Land besetzt wird, für geringer halte. Denn den Franzosen würde dann gezeigt werden, daß sie damit weniger erreichen und daß sie bei erhöhten Unkosten noch weniger bekommen. Es muß hierzu bemerkt werden, daß Stinnes diese Auffassung bereits letzthin im Auswärtigen Ausschuss vertreten hat und daß es hierbei zwischen ihm und dem Reichswirtschaftsminister Prof. Schmidt, der ihm entgegenkam, zu scharfen Auseinandersetzungen gekommen ist.

Die Unruhen in Oberschlesien.

Aus Reuthen wird gemeldet: Gegen den Anweisungsbefehl von Smoczn wurde in der Nacht zum Dienstag gegen 12 Uhr eine Stielhandgranate geworfen, die an einem Schutzbatter der Eingangsartur zur Explosion kam. Es wurde erheblicher Sachschaden angerichtet. Geräusch wurde nichts. In der Nacht zum Sonntag verhaftet mit Gewehren, Handgranaten und Revolvern bewaffnete Insurgenten in die Stadt einzuweichen. Der Versuch wurde vereitelt. Das am ersten Pfingstfesttag vom polnischen Konsulat ernannte Oberstleutnant wurde am Abend des 1. Juni am Ring aufgefunden und dem polnischen Konsul unverzüglich mit dem Ausbruch des höchsten Verdachts wieder übergeben.

Am Kreise Kattinich und besonders in Gadowitz kam es gestern zu Unruhen. Deutschschweizer wurden verhaftet und misshandelt. In Adziszka haben wiederum eine Anzahl Deutschschweizer Drohbriefe mit der Aufforderung zum sofortigen Verlassen der Stadt erhalten. Wie aus Hindenburg gemeldet wird, durchziehen große Flüchtlingsscharen die Stadt. Alle verfügbaren Räume in den Betrieben sind für die Heimkehrer beschlagnahmt und werden zu Massenquartieren eingerichtet.

„Dahn Telegramm“ meldet zu den Angriffen einer polnischen Bande auf das Dorf Bobrek: Es kam zu heftigen Ausschreitungen gegen deutsche Beamte. Die hauptsächlich aus Polen bestehende Polizei schaute es ab einzuschreiten. Schließlich mußten die britischen Truppen zu Hilfe gerufen werden. Als diese auf der Bildfläche erschienen, hatten sich die Marodeure bereits in die französische Zone geflüchtet.

Die interalliierte Kommission verhandelt mit sofortiger Wirkung über die Gewerkschaften Schwientkowski, Bismarckhütte, Dahnhütte und Völsche der Delagerrauszulaub.

Vor der Hebergabe.

Die für heute anberaumte Sitzung der Interalliierten Kommission mit Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung in der der Text der Heberabestimmungen endgültig festgelegt werden sollte, ist auf morgen vertagt worden.

Für den polnisch werdenden Teil Oberschlesiens ist ein Kommissar ernannt worden. Von den 19 Erwählten sind 15 Polen. Die Deutschen sind politisch unbekannt Männer. Die Ernennung erfolgte ohne Rücksprache mit den Deutschen. Etwa 1000 deutsche Arbeiter mußten das polnisch werdende Oberschlesien verlassen.

Bericht verfaßt habe, verhielten, da sie an dem einstimmigen Beschluß der Resolution nicht beteiligt waren. Graf Bernsdorff wies darauf hin, daß zwischen Deutschland und Polen ein allseits als mherhergiltig anerkannter Minderheitenvertrag abgeschlossen worden sei.

Die Bandenmäßigkeit an der bulgarischen Grenze.

Aus Sofia wird gemeldet: Die Meldung, der jugoslawische Minister des Reichens Ritschitsch hätte vor dem bulgarischen Gesandten in Belgrad auf eine zunehmende Bandenmäßigkeit an der bulgarischen Grenze verwiesen, erregt in hiesigen politischen Kreisen allgemeines und aufrichtiges Erstaunen. Man deutet auf den von der Regierung in ungewissen Weise benutzten Willen hin, feinerlei Bandenbildung auf bulgarischem Gebiete zu dulden. Wenn demnach einzelne Personen unbenutzt die Grenze hätten überschreiten können, müßte dies nur der numerisch beschränkten, von dem geringen Soldnerheer versehenen Grenzüberwachung zugeschrieben werden. Die bulgarische Regierung habe wiederholt die Unterbindung unerwünschter Vorfälle an der Grenze durch gemischte Kommissionen erbeten, die bestimmt ihr Verfahren erweisen würde, gegen alles, was eine Trübung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten herbeiführen könnte, mit den schärfsten Mitteln vorzugehen.

Schaffung einer „katalonischen Organisation“.

Die Agentur Davaa meldet aus Barcelona: Extreme Elemente der katalonischen nationalistischen Partei versammelten sich gestern zur Erörterung politischer Fragen. Mehrere Redner führten aus, daß Katalonen seien das einzige Volk der weißen Rasse, das noch keine Autonomie habe. Trotz seiner geschichtlichen Vergangenheit verweigere man ihm die ihm zukommende Stellung. Die Versammlung beschloß die Schaffung einer „katalonischen Organisation“, die die Aufgabe hätte, die Freiheit Kataloniens auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes zu erreichen. Die Versammlung zählte ungefähr 1000 Teilnehmer, unter denen sich Abgeordnete, Stadträte und andere bedeutende Persönlichkeiten befanden.

Das Attentat auf Scheidemann.

Zust in den Tagen, in denen der Mord an Erzberger gerichtlich verhandelt wird, ist ein Mordanschlag auf Scheidemann erfolgt, der erfreulicherweise zu keiner Verletzung des Angegriffenen geführt hat, aber in den politischen Folgen schier unübersehbar ist. Wenn auch kein ernst zu nehmender politischer Folgerungen auf irgend eine politische Partei abzielen kann, so geht der Verdacht der Täterschaft auf politische Motive heraus und schon dieser Verdacht verfließt. Was für einen Zweck es haben sollte, Scheidemann, der doch politisch betriebe nichts mehr zu bedeuten hat, zu vernichten, ist absolut unerfindlich. Es könnte sich höchstens um einen Rachakt auf Grund verdrönerter Ansichten über die Rolle handeln, die Scheidemann gespielt hat, wenn es sich überhaupt um ein politisches Motiv handelt. Man braucht sich aber nur zu vergegenwärtigen, wozu das System des politischen Mordes führen muß, um das Interesse an der vernichtenden Bekämpfung dieses Uebels zum allgemeinen Interesse zu machen. Wer möchte wieder in den Ton derer verfallen, die mit Verdächtigungen gegen politische Parteien schnell bei der Hand sind, noch andr, die den Anlaß benutzen, um sich mit der politischen Verantwortlichkeit Scheidemann polemisch auseinanderzusetzen. Wer verurteilt jeden politischen Kampf, der anders als verantwortlich mit geistigen Waffen angetragen wird. Es kann nur zu einer neuen Etappe von links her führen, nach dem Erzbergermord kam es sogar zu Ausnahmegesetzen, wenn man davorinzwischen

